

WÄHRUNG

Die Rückkehr der Antichristen

Vor zwölf Jahren klagten vier renitente Professoren gegen die Einführung des Euro. Nun, da die Währung tatsächlich wankt, ziehen sie erneut vor Gericht. Was treibt das Quartett an?

Wilhelm Hankel sitzt auf dem Podium des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und glüht vor Freude. Gerade hat der 81-jährige Professor vorgetragen, weshalb der Euro immer eine Missgeburt war, scheitern werde und scheitern müsse. Die derzeitigen Pläne, einen „lebenden Leichnam zum Gehen zu bringen“, seien rührend, höhnte er, wo doch eines klar sei: Das Euro-Retungspaket rettet nur die Banken.

Da klatschten die Zuhörer aus dem Club der Wirtschaftswissenschaftler überraschenderweise. Begeistert, ausdauernd. Endlich. Denn auf diesen Applaus hat der renitente Ökonom eine gefühlte Ewigkeit warten müssen. Genauer gesagt seit dem 12. Januar 1998.

Damals war Hankel zusammen mit dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider sowie den Wirtschaftswissenschaftlern Joachim Starbatty und Wilhelm Nölling nach Karlsruhe gefahren. An der Pforte des Bundesverfassungsgerichts hatten die vier Professoren gegen Quittung einen 352-seitigen Schriftsatz abgegeben, der ihr Leben verändern sollte. Es war die Klage gegen die Einführung des Euro. Sie wollten diese Währung nicht. Sie wollten ihre alte Bundesrepublik und die damit verbundene D-Mark behalten.

Danach war nichts mehr wie vorher. Die Einladungen zu Konferenzen wurden rar. Zeitungen zögerten, ihre Meinungsartikel abzudrucken. Parteifreunde gingen auf Distanz. „Wir waren die Antichristen“, beschreibt Hankel die damalige Stimmung.

Außerhalb eines überschaubaren Zirkels wollte kaum jemand ihren Argumenten folgen: dass der Euro gar nicht stabil bleiben könne, weil die Volkswirtschaften der beteiligten Länder zu unterschiedlich seien und die Kontrollmechanismen zu lax. Dass dadurch die Preisstabilität und der Wohlstand der Deutschen gefährdet werde. Dass der Währungsunion unbedingt eine politische Voraussetzung müsse.

Als Karlsruhe ihre Klage abwies, erreichte die Häme ihren Höhepunkt. „Geschichtslose Fachidioten“ seien sie, schimpfte SPD-Altkanzler Helmut Schmidt. Das vergisst ihm Hankel nie. Schließlich war er selbst einst enger Mitarbeiter des legendären Wirtschaftsministers Karl Schiller (SPD) und Vorstands-

chef der Hessischen Landesbank. Später lehrte er unter anderem in Harvard und an der Georgetown University.

„Ich hatte zehn Jahre lang praktisch Schreibverbot“, beklagt sich Hankel. Dass ausgerechnet ein Fachmann wie er dann in rechtsgerichteten Blättern wie der „Jungen Freiheit“ schrieb, sei quasi Notwehr gewesen, entschuldigt er sich heute.



Kläger Hankel, Nölling, Schachtschneider, Starbatty: Aufruf zum Aufruhr

Es waren solche Fehlritte, die das ohnehin misstrauisch von der Öffentlichkeit begleitete Quartett weiter ins Abseits geraten ließen, in die Nähe nationalistischer Deutschtümler. Nicht alle vier sind Rechtsausleger, aber alle sind leidenschaftliche Rechthaber – oder wenigstens Recht-haben-Woller.

Sie selbst haben sich nicht geändert in ihren Ansichten, aber die Welt drum herum. Seit die Währung tatsächlich bröckelt, ist die Meinung der Euro-Fighter wieder gefragt. Und stilles Genießen ist nicht die Art der Viererbande.

Die Querköpfe verabredeten sich, der Jurist Schachtschneider schrieb zwei Wochen lang an einer neuen Klage, diesmal gegen das Griechenland-Hilfspaket. Dann

zogen die alten Herren wieder nach Karlsruhe. Als der Bundestag das Finanzhilfegesetz verabschiedete, reichten sie am 7. Mai einen Eilantrag ein.

Wenige Tage später folgte eine Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen“, finanziert vom ehemaligen Thyssen-Chef Dieter Spethmann, der sich der Gruppe angeschlossen hat: „Wie einst vor Ausbruch der Französischen Revolution haben Europas Politiker derzeit jedes Gefühl für die Rechte, Sorgen und Erwartungen ihrer Bürger verloren“, war dort zu lesen.

Es war ein Aufruf zum Aufruhr. Die Bürger sollen sich gegen Politiker wehren, die wissentlich gegen die Maastrichter „No bailout“-Klausel verstoßen, nach der ein Mitgliedsland einem anderen nicht finanziell helfen darf. So werde aus der Währungsunion eine Haftungs- und Schuldengemeinschaft. Immerhin wurde das große Euro-Nothilfepaket in der

Nacht zum 10. Mai beim Brüsseler Krisengipfel Hals über Kopf beschlossen. „Ungeheuerlich“ findet Joachim Starbatty die Feuerwehreaktion: „Jeder Kaninchenzuchtverein muss seine Tagesordnungspunkte zwei Wochen vor der Sitzung einreichen, damit sich die Mitglieder vorbereiten können.“

Er sitzt gerade auf einem Hügel an der Westküste des Peloponnes und blickt auf das Meer. Ausgerechnet nach Griechenland ist er geflogen, um ein paar Tage auszuspannen vom Vortrags- und Interviewstress daheim.

Er liebe das Land, sagt der emeritierte Professor, der jahrzehntelang in Tübingen Ökonomie gelehrt hat. Aber liebt das Land auch ihn? Bei seiner Ankunft am